Dare to Design for Disaster



Kooperatives Wirtschaften und Netzwerken als Schlüsselprinzip für resiliente Stadtentwicklung

Cléo Mieulet
Paul Jerchel

Einstieg 3
Relevanz 5
Was ist die Soziale und Solidarische Ökonomie? 6
Rahmenbedingungen beider Länder 8

Historie in Deutschland 8
Situation in Frankreich 9

Beispiele aus Frankreich 10

Institutionelle Instrumente 11
Klimaschutz und Stadtnatur: Die Umgestaltung Paris 14
Ernährung: La Cité Maraîchère, VRAC, SSA 16
Arbeitskraft: TZCLD und Activ'18 20
Recycling und Wiederverwendung 21
Intermediäre Akteure: Plateau Urbain und FSU 26

Vom Beispiel zum Muster 30
Ansätze in Deutschland 31
Fazit 32
Empfehlungen 34
Schlusswort 45

Glossar 46
Literatur 47

Impressum

Herausgeber:
Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit
am GFZ (RIFS)
Berliner Straße 130
14467 Potsdam
www.rifs-potsdam.de

Diese Broschüre ist im Rahmen des Fellowships von Cléo Mieulet am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit in Potsdam entstanden. Sie beruht auf dem RIFS Discussion Paper »Dare to Design for Disaster: Kooperatives Wirtschaften als Schlüsselprinzip resilienter Stadtentwicklung« (Cléo Mieulet, Paul Jerchel, Mai 2026).

Autor*innen:
Cléo Mieulet, Paul Jerchel

Design:
Studio von Fuchs und Lommatzsch

Bildnachweise:
Illustrationen Cover + Innenteil: Studio von Fuchs und Lommatzsch + Animashka, shutterstock.com / S.15: Cléo Mieulet / S.18: links oben: La Cité Maraîchère / rechts + unten: Cléo Mieulet / S.19: Cléo Mieulet / S.24: oben + unten: Cléo Mieulet , mittig: Fédération Envie /S.25: Cléo Mieulet /S.28: rechts oben + links unten: Plateau Urbain, links oben + rechts unten: Cléo Mieulet / S.29: Fondation des Solidarités Urbaines

DOI: 10.48481/rifs.2026.021
Potsdam, August 2026

RIFS Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit | am GFZ

CC BY SA

Kooperatives Wirtschaften ist keine Nische — es schafft Infrastruktur für resiliente Städte

Am Morgen des 3. Januar 2026 brannte eine Kabelbrücke über dem Teltowkanal und im Berliner Südwesten fielen für rund 45.000 Haushalte Strom und Heizung aus — mitten im Winter, über viereinhalb Tage, der längste Stromausfall der Stadt seit 1945. Was in diesen Tagen half, waren neben Feuerwehr und Technischem Hilfswerk (THW) vor allem Nachbarschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen, die Hilfe aus eigener Kraft organisierten und koordinierten. Die Katastrophenforschung der Freien Universität Berlin zieht daraus einen klaren Schluss: Zivilgesellschaft kann sich in der Krise in hohem Maße selbst organisieren — vorausgesetzt, ihre Strukturen bestehen schon im Alltag [Bock, Dittmer & Windsheimer-Kolla 2026].

Genau hier setzt diese Broschüre an. Resilienz entsteht nicht erst im Katastrophenfall, sondern bereits vorher, im Alltag der Menschen — in Form von Nahversorgung, Kreislaufwirtschaft, sozialer Grundversorgung und Klimaanpassung. Kooperatives Wirtschaften ist die Wirtschaftsweise, die solche Strukturen trägt. In Frankreich lässt sich beobachten, unter welchen Bedingungen sie in die Fläche kommt.

In Frankreich arbeitet jede zehnte beschäftigte Person in der Sozialen und Solidarischen Ökonomie (SSÖ); zwei Drittel des Recycling- und Wiederverwendungssektors liegen in der Hand solidarökonomischer Unternehmen [OECD 2024; Baaklini & Millard 2025]. Das sind die Kennziffern eines Sektors, der zur Daseinsvorsorge beiträgt und der in Deutschland bei ähnlicher Tradition und lebendiger Praxis kaum als solcher wahrgenommen wird. Was macht den Unterschied?

Dieser Frage geht diese Broschüre anhand französischer Beispiele und ausgewählter deutscher Ansätze nach: Welche Rahmenbedingungen machen kooperative Infrastrukturen skalierbar? Sie richtet sich an Praktiker:innen, Verwaltung und politische Entscheidungsträger:innen und endet mit konkreten Empfehlungen für den deutschsprachigen Raum. Frankreich erhält bewusst mehr Raum — nicht als Idealbild, sondern weil dort ein zusammenhängendes institutionelles Ökosystem solidarökonomischer Infrastruktur bereits sichtbar ist, auch wenn es politisch und finanziell unter Druck steht.

Relevanz

Klimaextreme, soziale Verwerfungen, autoritäre Tendenzen und mittendrin die Frage: Wer sichert die Infrastruktur des täglichen Lebens, wenn staatliche Systeme schwächeln? Die Antwort liegt näher, als viele denken: in Nachbarschaften, kooperativen Betrieben und solidarökonomischen Netzwerken, die nicht auf Krise warten, sondern Resilienz im Alltag schaffen.

Die ökologische Krise ist auch eine soziale und ökonomische. Der Slogan der französischen Gelbwesten von 2018 — »Fin du mois, fin du monde, même combat« (Ende des Monats, Ende der Welt, gleicher Kampf) — brachte das auf den Punkt: Transformation scheitert, wenn ihre Kosten vor allem jene tragen, die ohnehin wenig Spielraum haben [Novethic 2018; Durand & Keucheyan 2024]. Die Losung geht auf eine Gegenüberstellung des zuvor zurückgetretenen Umweltministers Nicolas Hulot zurück. Politisch wirksam wurde sie erst, als Gelbwesten und Klimademonstrierende sie gemeinsam riefen und die soziale und die ökologische Frage als einen Kampf rahmten.

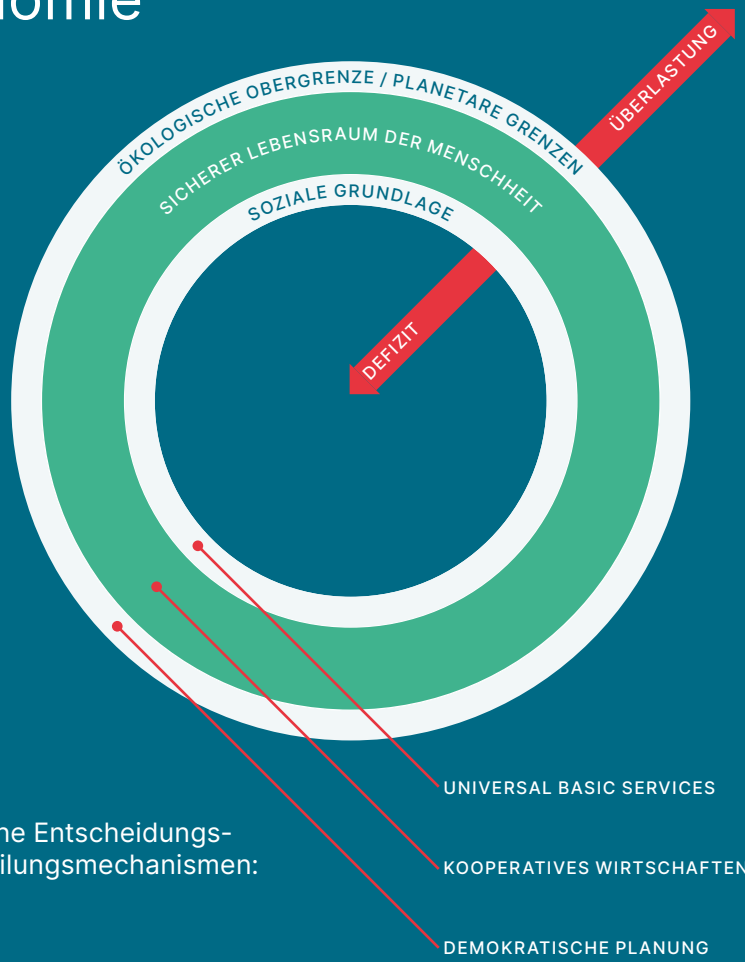
Damit die Potenziale kooperativen Wirtschaftens nicht in Einzelprojekten stecken bleiben, müssen bewährte Modelle in der Fläche wachsen und rechtlich, administrativ und finanziell verlässlich verankert werden. Die Beispiele aus Frankreich zeigen, wie das gelingen kann.

Was ist die Soziale und Solidarische Ökonomie?

Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) beschreibt die SSÖ als Unternehmen und Organisationen, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Tätigkeiten im allgemeinen Interesse ausüben — auf Basis freiwilliger Zusammenarbeit, demokratischer Entscheidungsfindung und dem Vorrang des Menschen vor der Kapitalrendite [ILO 2022]. Genossenschaften sind ihr bekanntester Teil, und sie sind alles andere als eine Randerscheinung: Mindestens zwölf Prozent der Weltbevölkerung sind Mitglied einer der rund drei Millionen Genossenschaften, zehn Prozent aller Beschäftigten arbeiten in einer [EURICSE & ICA 2025]. Ihr Grundsatz »Ein Mitglied, eine Stimme« und das Gebot zur Zusammenarbeit statt Konkurrenz begründen eine andere Logik des Wirtschaftens: gemeinsamer Nutzen, lokale Verankerung und demokratische Kontrolle vor Gewinnmaximierung [ICA 2017; Blome-Drees et al. 2024].

Für die resiliente Stadtentwicklung ist das entscheidend. Anders als kommerzielle Unternehmen unterliegen kooperative Strukturen keinem Profitwachstumszwang, um zu bestehen. Sie können soziale und ökologische Kosten einrechnen, ohne ihr Geschäftsmodell zu gefährden, und sie bleiben anpassungsfähig, weil Entscheidungen dort fallen, wo die Folgen spürbar sind. Die Forschung belegt klimafreundlichere Entscheidungen in mitbestimmungsstarken Unternehmen, geringere extremistische Neigungen bei Beschäftigten und hohe Krisenfestigkeit durch risikoärmere Finanzierung [Scholz 2023; Kiess et al. 2023; Götz 2021].

Wirtschaften innerhalb der »Grenzen, an die wir stoßen« [Levermann 2023]: kooperatives Wirtschaftens als Kern regenerativer Ökonomie



Eigene Darstellung; Donut-Modell nach Raworth 2012, Sonstiges Fraser 2023 und Kasper & Euteneuer 2025.

Rahmen-bedingungen beider Länder

Historie in Deutschland

Das deutsche Genossenschaftswesen entstand Mitte des 19. Jahrhunderts als überparteiliches Projekt der Selbsthilfe. Die Gründungen durch Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Hermann Schulze-Delitzsch und andere gelten heute als immaterielles UNESCO-Welterbe.

Trotz dieser Tradition bleibt kooperatives Wirtschaften in der deutschen Wirtschaftspolitik erstaunlich unsichtbar. Die Gründe reichen von Zerschlagung und Gleichschaltung im Nationalsozialismus über den westdeutschen Nachkriegswohlfahrtsstaat bis zu Erfahrungen der Wiedervereinigung, die Skepsis gegenüber kollektivem Wirtschaften verstärkten [Birkhölzer und Lautermann nach Mieulet 2026]. Das Ergebnis: Deutschland hat viele zivilgesellschaftliche Initiativen, aber kaum eine Politik, die sie als Infrastrukturakteure behandelt.

Situation in Frankreich

Mit der Loi Hamon von 2014 [Legifrance 2014] schuf Frankreich einen umfassenden gesetzlichen Rahmen für die SSÖ. Das Gesetz definiert sie als eigenständige Unternehmensweise — mit einem Zweck jenseits reiner Gewinnerzielung, demokratischer Governance und mehrheitlicher Reinvestition von Überschüssen — und verpflichtet öffentliche Auftraggeber, sie bei der Vergabe strukturell zu berücksichtigen. ILO, OECD und EU-Kommission orientieren sich an diesem Vorbild.

Die Wirkung ist messbar: 2024 arbeiteten 10,4 Prozent der französischen Beschäftigten in der SSÖ, Platz 2 im OECD-Vergleich [OECD 2024]; zwei Drittel des Recycling-, Refurbishment- und Reuse-Sektors sind solidarökonomisch organisiert [Baaklini & Millard 2025]. Und die Betriebe sind stark: In wissensintensiven Zukunftsbranchen arbeiten belegschaftsgeführte Unternehmen produktiver als herkömmliche Firmen [Dow 2024], und eine Auswertung des Wirtschafts- und Finanzministeriums bescheinigt SSÖ-Unternehmen niedrige Risikoprofile und geringe Insolvenzquoten [Baaklini & Millard 2025]. Getragen wird das durch ein Bündel aus regionalen SSÖ-Kammern, öffentlicher Investitionsbanken, steuerlichen Erleichterungen und territorialen Kooperationsclustern.

Sichtbar wird dieses Zusammenspiel in Paris, wo ein Viertel der städtischen Investitionen über den Beteiligungshaushalt entschieden wird: rund 100 Millionen Euro jährlich, über 3.500 Vorhaben seit 2014 [Ville de Paris 2025]. Die Erfolge stehen jedoch unter Druck: Zentralstaatliche Austeritätspolitik und fehlende kommunale Spielräume können auch etablierte Infrastrukturen wieder schwächen.

Beispiele aus Frankreich

Die folgenden Beispiele sind keine isolierten Leuchttürme. Jedes entstand in einem Rahmen, der über Jahrzehnte erstritten wurde und erst im Zusammenspiel seiner Instrumente trägt. Deshalb stehen die Instrumente am Anfang, die Anwendungen folgen. Entscheidend ist dabei weniger das einzelne Projekt als der Rahmen, der es möglich macht.

→ Die Pfeilzeile am Ende jedes Beispiels nennt die deutsche Entsprechung und die zuständige Empfehlung.

Institutionelle Instrumente der Resilienzförderung in der Fläche



Experimentiergesetz (loi d'expérimentation)

https://www.vie-publique.fr/loi/275530-loi-19-avril-2021-experimentations-locales-differenciation-territoriale

Das französische Experimentiergesetz (*loi d'expérimentation*) erlaubt Staat und Gebietskörperschaften, gesetzliche oder regulatorische Vorgaben für einen klar definierten Zweck und eine begrenzte Laufzeit auszusetzen. Am Ende entscheidet das Parlament, ob ein Modell verworfen, in bestimmten Territorien verstetigt oder landesweit ausgerollt wird. Damit wird Experimentieren zu einer dauerhaften Option des Verwaltungshandelns. Anwendungen sind unter anderem die »Zonen ohne Langzeitarbeitslosigkeit« (TZCLD), das Einkaufsnetzwerk VRAC und die Lebensmittelsozialversicherung (*Sécurité Sociale de l'Alimentation*).

→ Deutsches Pendant: Reallabore-Gesetz 2024 [BMWK 2024], bislang technologisch ausgerichtet — siehe Empfehlung 7 → S. 41

Genossenschaft im Gemeinwohlinteresse

www.les-scic.coop

Die Genossenschaft im Gemeinwohlinteresse (*Société coopérative d'intérêt collectif* — SCIC) verbindet Mitgliederorientierung und Gemeinwohl. Öffentliche Einrichtungen, Kommunen und Dritte können sich mit bis zu 50 Prozent beteiligen; alle Mitglieder entscheiden gemeinsam demokratisch. Überschüsse müssen mehrheitlich reinvestiert werden.

→ Deutsches Pendant: Gesellschaft mit gebundenem Vermögen (GmgV), gleiche Ziele, bislang ohne Gesetz.

Solidarischer Nutzungsvertrag für kooperatives Gewerbe (*bail réel solidaire d'activité*, BRSA)

https://outil2amenagement.cerema.fr/outils/bail-reel-solidaire-dactivite-brsa

Der Solidarischer Nutzungsvertrag für kooperatives Gewerbe (*bail réel solidaire d'activité*, BRSA) sichert gemeinwohlorientierte Nutzungen langfristig und bezahlbar im Bestand. Dafür werden Boden und Nutzungsrecht getrennt: Ein meist kommunal getragener Bodenträger behält das Grundstück, Betreiber erhalten langfristige Nutzungsrechte. So können sie investieren, ohne durch Verkauf oder steigende Mieten verdrängt zu werden.

→ Deutsche Bausteine: Erbbaurecht und kommunale Liegenschaftspolitik — siehe Empfehlung 4 → S. 38

PTCE: Territoriale Kooperationscluster in der Fläche

https://lelabo-ess.org/poles-territoriaux-de-cooperation-economique-ptce

Die Kooperationscluster in der Fläche (*Pôles Territoriaux de Coopération Économique* — PTCE) bündeln kooperativ wirtschaftende Akteure mit öffentlichen Einrichtungen, Forschung und Ausbildung. Aus einzelnen Initiativen entsteht ein lokal eingebettetes System — mit geteilten Ressourcen, gemeinsamer Interessenvertretung und Wissenstransfer. Sie entsprechen strukturell dem, was im deutschen Kontext als Common-Public-Partnership-Reallabor, im Werra Meißner Kreis experimentiert wurde.

→ Einziger vergleichbarer Cluster in Deutschland: Reallabor Kooperatives Wirtschaften, Werra-Meißner-Kreis – siehe Empfehlung 5 → S. 39.

Klimaschutz und Stadtnatur



Die Umgestaltung Paris

Paris verändert den öffentlichen Raum nicht nur durch Fahrradschnellwege, Schulstraßen und begrünte Flächen, sondern durch wiederholbare Programme mit Budgets, Zuständigkeiten und Planungsroutinen. Mit dem Plan Arbre wurden seit 2020 über 130.000 Bäume gepflanzt — in einer Stadt, die acht mal kleiner ist als Berlin [Ville de Paris 2026]. Der Bezug zum kooperativen Wirtschaften ist praktisch: Begrünung, Pflege und Klimaanpassung brauchen lokale Abstimmung, verlässliche Ansprechpersonen und missionsorientierte Partner. Skalierbar wird Transformation, wenn sie als Infrastrukturthema behandelt wird — mit Finanzierung, Beschaffung, lokaler Koproduktion und wiederholbaren Abläufen, nicht als Reihe einzelner Pilotprojekte.

→ Deutsche Initiativen wie »Abpflastern« arbeiten überwiegend ehrenamtlich, ohne kommunales Programm [Hochmann & Gottschlich o. D.].





La Cité Maraîchère (Romainville)

https://www.lacitemaraichere.com

Das kommunale Großgewächshaus: Cité Maraîchère in Romainville — einer der ärmsten Städte Frankreichs am Rand von Paris — verbindet urbane Lebensmittelproduktion mit Bildung und Gemeinschaftsangeboten. Lebensmittel werden vor Ort angebaut und solidarisch bepreist. Feste Arbeitsstellen sichern Kontinuität und verhindern, dass öffentliche Aufgaben allein auf dem Ehrenamt beruhen. Kommunale Trägerschaft, regionale Einbindung und partizipative Elemente machen das Projekt zu mehr als einem Gewächshaus: Es ist lokale Ernährungsinfrastruktur.

→ Deutsche Verwandte: Ernährungsräte und urbane Gärten, meist ohne kommunale Trägerschaft und feste Stellen.

VRAC — lokale, gemeinschaftsgetragene Einkaufsnetzwerke

https://vrac-asso.org/notre-reseau

VRAC (*Vers un Réseau d'Achat en Commun*, sinngemäß: hin zu einem gemeinsamen Einkaufsnetzwerk) senkt die Kosten guter Lebensmittel durch gemeinschaftlichen Einkauf: Nachbarschaftsgruppen beziehen Bioprodukte und lokale Erzeugnisse monatlich zu Großhandelspreisen direkt von Produzierenden; einkommensabhängig gestaffelte Mitgliedsbeiträge schaffen einen sozialen Ausgleich. Gegründet wurde das Netzwerk 2013 in Lyon von einer kirchlichen Stiftung und einem kommunalen Wohnungsunternehmen. 2024 war VRAC in 23 Gebieten in Frankreich und Belgien aktiv, betrieb 124 Einkaufsgruppen in einkommensschwachen Vierteln und auf Universitätscampussen und erreichte rund 10.300 Haushalte mit 31.000 Menschen, getragen von 90 Angestellten und 1.600 Ehrenamtlichen [VRAC France 2024]. Den Aufbau möglich machte eine fünfjährige, durchfinanzierte und wissenschaftlich begleitete Erprobung auf Grundlage des nationalen Experimentiergesetzes.

→ Deutsche Verwandte: Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) und SuperCoop Berlin — für Armutsbetroffene bislang selten zugänglich.



Sécurité Sociale de l'Alimentation — soziale Ernährungsversicherung

https://securite-sociale-alimentation.org/la-ssa/

Die Sécurité Sociale de l'Alimentation (SSA) überträgt das Prinzip der Sozialversicherung auf Ernährung: Teilnehmende zahlen einkommensabhängig in lokale Ernährungskassen ein und erhalten monatliche Beträge in lokaler Komplementärwährung, mit der sie in demokratisch ausgewählten Betrieben bezahlen. Aus rund zwanzig Projekten 2022 wurden bis 2024 knapp sechzig [ADEME 2025]. Am weitesten ist Montpellier — eine Stadt, in der 28 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben: Seit Februar 2023 erhalten 380 Beitragende monatlich 100 MonA, so heißt die eigens geschaffene digitale Lokalwährung; die Hälfte des Budgets finanzieren die Mitglieder, die andere die Gebietskörperschaften [Toubin-Perre 2025]. Über 80 Prozent der Einkäufe entfallen auf Bioprodukte, beteiligte Läden verzeichnen Umsatzsteigerungen von 2 bis 7 Prozent [Crépin-Leblond 2025]. Im Pariser 14. Arrondissement stimmten die Bewohner:innen im März 2025 mit 72 Prozent für eine eigene Kasse, die im September ihren Betrieb aufnahm [Mairie14 2025]; eine nationale Gesetzesinitiative soll bis zu dreißig Erprobungen in zwanzig Territorien ermöglichen.

→ Ohne deutsches Pendant; erprobbar über einen Experimentierrahmen — siehe Empfehlung 7 → S. 41.
















ACTIV'78
boutique solidaire





Territoires Zéro Chômeur de Longue Durée und Activ'18

https://www.tzcld.fr/
https://activ18.fr/?page_id=35

Die »Zonen ohne Langzeitarbeitslosigkeit« (*Territoires Zéro Chômeur de Longue Durée*, TZCLD) machen Sozialpolitik zu lokaler Transformationskapazität. Menschen, die keinen regulären Arbeitsplatz finden, erhalten unbefristete, nach Mindestlohn bezahlte Stellen für Aufgaben, die im Quartier gebraucht werden: Reparatur, Renaturierung, Nachbarschaftshilfe. Lokale Gremien identifizieren Bedarfe, die bisher nicht abgedeckt sind. Die wissenschaftliche Begleitforschung bestätigt erhebliche soziale und ökologische Wirkungen und empfiehlt Verstetigung — vollständige Kostenneutralität wird nicht erreicht [France Stratégie & Dares 2025].

→ Deutsche Verwandte: Inklusionsbetriebe und Sozialunternehmen, selten mit lokaler Bedarfsermittlung und unbefristeter Beschäftigung kombiniert.



Ressourceries und Recycleries — solidarische Kreislaufinfrastruktur in der Fläche

https://ressourcerie.fr/

Ressourceries und Recycleries sind nachbarschaftliche Orte für Reparatur, Wiederverwendung und Wertstoffsammlung. Mit über 250 Mitgliedsstrukturen im Nationalen Netzwerk der Ressourcen- und Recyclingzentren (RNRR) und schätzungsweise mehr als 350 Zentren insgesamt bilden sie eine flächendeckende Kreislaufinfrastruktur. Über 6.500 Menschen arbeiten in diesen Strukturen, mehr als die Hälfte davon in Wiedereingliederungsmaßnahmen; der Gesamtumsatz liegt bei rund 41,7 Millionen Euro [RNRR o. D.; Guillaume 2026]. Stabil wird dieses Modell durch einen Finanzierungsmix aus Ladeneinnahmen, kommunalen Zuschüssen, Wiedereingliederungsförderung und seit 2024 Mitteln aus REP-Fonds. REP steht für erweiterte Herstellerverantwortung: Hersteller zahlen in Systeme ein, aus denen Entsorgung, Wiederverwendung und Verwertung finanziert werden. In Frankreich fließen daraus auch Mittel an SSÖ-Akteure wie Ressourcenzentren. Teilweise kommen langfristig gesicherte Gewerbeflächen über BRSA hinzu. So entstehen Arbeitsplätze und Orte der Kreislaufwirtschaft, die mit dem Ehrenamt wirken.

→ In mehr als der Hälfte der deutschen Innenstädte fehlen Reparatur-, Leih- und Secondhand-Angebote [Stelzer et al. 2026] — siehe Empfehlungen 2 und 4 → S. 36 und 38.

Reparaturindex (indice de réparabilité)

https://www.ecologie.gouv.fr/politiques-publiques/indice-reparabilite

Seit 2021 müssen Elektrogeräte in Frankreich einen Reparaturindex tragen. Er zeigt Verbraucher:innen auf einen Blick, wie gut ein Gerät reparierbar ist. Entscheidend ist die Infrastruktur dahinter: Reparierbarkeit braucht Sammelstellen, lokale Werkstätten, Schulungen und vertrauenswürdige Anlaufstellen für Wiederverkauf. Ohne solche Orte bleibt Reparatur ein politisches Versprechen ohne Einlösungsort.

→ Für Deutschland greift der EU-Ökodesign-Rahmen das Prinzip auf; die Infrastruktur dahinter fehlt.

La Venelle — kooperatives Kompetenzzentrum des solidarischen Wiederverwendens

https://www.lavenelle-montreuil.org/

La Venelle in Montreuil, eröffnet im September 2025, verdichtet diese Logik an einem Ort. Auf rund 1.800 m² zeigen neun gemeinnützige Akteure die ganze Breite des solidarischen Wiederverwendens unter einem Dach: acht Secondhand-Läden für Haushaltsgeräte, Möbel, Kleidung, Kinderausstattung, Sport- und Freizeitartikel, Bücher, Büroausstattung und Audiovisuelles, dazu geteilte Reparaturwerkstätten und ein von einer Ressourcerie betriebenes Café mit Kantine, Leseecke und Kulturprogramm [Réseau Envie 2025; REFER 2025]. Das Projekt sichert rund 50 Arbeitsplätze, 70 Prozent davon im Wiedereingliederungskontext. Getragen wird es von einer gemeinsamen Immobiliengesellschaft, die das Erdgeschoss 2022 erwarb und nach dem Prinzip »eine Struktur, eine Stimme« entscheidet. Eine Subvention der staatlichen Umweltagentur ADEME (1,8 Millionen), ein Darlehen der öffentlichen Territorialbank Banque des Territoires (3,6 Millionen) sowie Beiträge von Département, Region und einer privaten Stiftung deckten die Gesamtkosten von 6,3 Millionen Euro [RTES 2025; Est Ensemble 2025]. Das Modell ist ausdrücklich auf andere Städte übertragbar.

→ Nach Deutschland übertragbar über standardisierte Governance für geteiltes Eigentum, REP-Wiederverwendungsfonds und kommunale Flächen — siehe Empfehlungen 4 und 6 → S. 38 und 40.

Envie — Social Franchise in der Kreislaufwirtschaft

https://www.envie.org/

Envie zeigt, wie solidarökonomische Infrastruktur über ein Social Franchise wächst. 1984 in Straßburg gegründet, verbindet das Netzwerk zwei Aufgaben: Elektrogeräte sammeln, reparieren und wiederverkaufen und arbeitsmarktferne Menschen in Beschäftigung bringen. Heute zählt Envie 53 Wiedereingliederungsunternehmen an über 100 Standorten; 2023 begleitete es 2.851 Personen. 69 Prozent fanden anschließend einen dauerhaften Arbeitsplatz oder eine Qualifizierung [Réseau Envie o. D.; Pilato 2025]. Die Fédération Envie koordiniert als Verein lokal eigenständige Einheiten; was sich in einer bewährt, kann das ganze Netzwerk übernehmen. Als anerkannter Betreiber der erweiterten Herstellerverantwortung (REP) übernimmt Envie rund ein Drittel der Elektroschrott-Sammlung Frankreichs, finanziert aus den Ökobeiträgen der Hersteller. Wie abhängig selbst dieses Modell von stabilen Rahmenbedingungen bleibt, zeigte sich zuletzt drastisch: Die Entscheidung des zentralen Rücknahmesystems ecosystem, mehrere regionale Aufträge nicht zu verlängern, gefährdet rund 1.000 Arbeitsplätze in Wiedereingliederungsunternehmen.

→ Nach Deutschland übertragbar als Social-Franchise-Logik — siehe Empfehlung 6 → S. 40 und das Berliner Beispiel → S. 31.












es petits appareils
GARANTIE
2 ANS
ENVIE
envie
8 €
Nescafé Dolce Gusto

Intermediäre Akteure: Wer die Brücken baut, und hält.



Plateau Urbain — professionelle Zwischennutzung

https://www.plateau-urbain.com/en/home/

Räume gehören zu den größten Engpässen kooperativer Initiativen. Akteure wie Plateau Urbain und Yeswecamp! erfassen Leerstand systematisch und entwickeln Zwischennutzungen großer Flächen (meist ab 3000 qm), die für kleine Initiativen allein kaum zu stemmen wären: Sie sind Experten in Verträge, Compliance, Betrieb, Ausschreibungen und Vereinbarungen mit Eigentümern und Kommunen und sind selbst SSÖ-Unternehmen. So wird Leerstand zu einer Ressource für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung.

→ Deutsche Bausteine: Genossenschaftliche Immobilienagenturen (GIMA), Leerstandmelder — siehe Empfehlung 8 → S. 42.

Fondation des Solidarités Urbaines — Experimentier-Stiftung der Sozialwohnungsunternehmen

https://www.fondationsolidaritesurbaines.fr/

Die Fondation des Solidarités Urbaines (FSU) ist ein gemeinsames Förder- und Experimentierinstrument der Pariser Sozialwohnungsunternehmen. Mit rund 1,17 Millionen Euro Jahresbudget fördert sie forschungsbegleitete Projekte für inklusive, partizipative und nachhaltige Stadtentwicklung. Die Themen entstehen aus konkreten Problemlagen der Wohnungsunternehmen; erfolgreiche Ansätze können übertragen und standardisiert werden.

→ Vorbild für Deutschland: eine Reallaborstiftung landeseigener Wohnungsunternehmen (LWU) — siehe Empfehlung 9 → S. 43]

Dare to Design for Disaster → Intermediäre Akteure


CESURE




NOS FACTURES
EXPLOSENT


CESURE























Vom Beispiel zum Muster

Die französischen Beispiele wirken, weil sie ineinandergreifen. Keines trägt für sich allein. Ihre Kraft entsteht aus einem über Jahrzehnte erstrittenen Ensemble aufeinander abgestimmter Instrumente: Rechtsformen, die Gemeinwohlbindung und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit verbinden (SCIC), Flächeninstrumente, die Nutzungen dauerhaft aus der Marktlogik lösen (BRSA), Kooperationsstrukturen, die öffentliche Einrichtungen, Forschung und solidarökonomische Akteure koordiniert zusammenführen (PTCE), und ein Experimentierrahmen, der Erprobung als Regelfall des Verwaltungshandelns verankert. Erst dieses Zusammenspiel macht aus gelungenen Einzelprojekten eine tragfähige, skalierbare Infrastruktur.

Genau hier liegt die deutsche Lücke — und sie ist keine Lücke an Ideen oder Akteuren. Vergleichbare Ansätze bestehen hierzulande vielfach, was fehlt, ist ihre Verankerung: verlässliche Räume, Betriebsfinanzierung statt Projektlogik und eine standardisierte Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand, die nicht bei jedem Vorhaben neu erkämpft werden muss. Die Frage für Deutschland ist deshalb nicht, ob es kooperatives Wirtschaften gibt, sondern ob die Bedingungen für seine Ausbreitung geschaffen werden. Die folgenden Beispiele zeigen, was auf diesem Fundament bereits entsteht.

Ansätze in Deutschland

Deutschland verfügt über ein tragfähiges Fundament kooperativen Wirtschaftens — und über Fälle, die sich mit den französischen messen lassen. In Berlin-Wedding vereint die SuperCoop Berlin eG seit 2021 rund 1.800 Mitglieder, die zugleich Eigentümer:innen, Kund:innen und Betreibende ihres Supermarkts sind: Nahversorgung mit solidarischer Preisgestaltung und demokratischer Mitbestimmung nach dem Vorbild der Pariser La Louve [SuperCoop o. D.]. Im hessischen Werra-Meißner-Kreis hat das Reallabor »Kooperatives Wirtschaften« das bislang einzige größere regionale Netzwerk kooperativer Betriebe in Deutschland aufgebaut, dessen Aktionsraum weit über einzelne Branchen hinausreicht. KREISLER e.V. in Berlin-Neukölln verknüpft Nachbarschaftsläden mit Leih- und Reparaturinfrastruktur zu einem Social-Franchise-Verbund und hat am ersten Standort mit einem städtischen Wohnungsunternehmen eine vergünstigte Miete vereinbart — ein erster Schritt in Richtung jener Kooperation, die in Frankreich Standard ist.

Für urbane Räume entstehen erste Common-Public- und Public-Civic-Partnerships [Jerchel & Pape 2022; vhw 2026]: Die öffentliche Hand sichert Rahmen und Verfügbarkeit, zivilgesellschaftliche Träger übernehmen Betrieb, Programm und Gemeinwohlgovernance. Das Haus der Statistik und das Dragonerareal in Berlin oder die B-Side in Münster zeigen, wie solche Arrangements — trotz »produktiver Missverständnisse« [Farías, Marlow & Wall 2024] — demokratische Koproduktion vertiefen. Ein weiterer, kaum genutzter Hebel ist die Unternehmensnachfolge: Wo Familienbetriebe keine Nachfolger:innen finden, haben Belegschaften ihre Firmen bereits genossenschaftlich übernommen, mitunter kreditfrei aus laufenden Erlösen; in Frankreich stehen dafür prominente Fälle wie Duralex oder Bergère de France [Diard & Meier 2025].

Der Sektor organisiert sich: Mit dem Verbund Kooperatives Wirtschaften (VKW) besteht seit 2024 eine branchenübergreifende Interessenvertretung, ergänzt durch das CSX-Netzwerk für gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften und das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft. Allein in Berlin erwirtschaften rund 3.000 soziale Unternehmen knapp sechs Milliarden Euro Umsatz [Social Economy Berlin 2026].

Fazit

Resiliente Städte brauchen Infrastrukturen, die dauerhaft getragen werden — und Partner, die als solche behandelt werden. Kooperatives Wirtschaften liefert beides. Ob es wirkt, entscheidet der Rahmen.

Die Beispiele aus beiden Ländern folgen demselben Prinzip: »Was mehr wird, wenn wir teilen« [Ostrom & Helfrich 2011] — gemeinschaftliche Nutzung erhöht die Kapazität knapper urbaner Ressourcen. Damit dieses Prinzip trägt, muss kooperative Infrastruktur in drei Richtungen wachsen: in die Fläche (scale out), in verlässliche rechtliche, administrative und finanzielle Grundlagen (scale up) und in die Kultur von Verwaltung und Zivilgesellschaft, bis sie dort selbstverständlich ist (scale deep) [Moore et al. 2015; Colombo, Bailey & Gomes 2023].

Das ist Gestaltungsaufgabe der Politik, nicht Sache einzelner Engagements. Sie verlangt, kooperative Akteure als Partner auf Augenhöhe zu behandeln — für eine gemeinsame, nicht-kompetitive Koproduktion von Daseinsvorsorge [vgl. van Dyk 2024]. Erprobung sollte als »experimentelle Tradition«, »die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann« [Foundational Economy Collective 2019] verankert werden. Die Zivilgesellschaft schließt dabei keine Lücken eines sich zurückziehenden Staates; neu verhandelt wird, wie Daseinsvorsorge gemeinsam gestaltet und verwaltet wird [Teilgabe 2024].

Die zehn Empfehlungen auf den folgenden Seiten setzen genau hier an.

Empfehlungen

Die Empfehlungen richten sich an Exekutive und Zivilgesellschaft auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Sie aktivieren zwei Hebel: erstens die Standardisierung von Experimentier- und Kooperationslogik — zwischen Kommune und Zivilgesellschaft wie zwischen öffentlichen Akteuren; zweitens die Ausrichtung öffentlicher Förderung auf dauerhafte Infrastrukturen und Kooperationen statt einzelner Projekte.

1.

Kooperatives Wirtschaften sichtbar und nutzbar machen

PROBLEM → Kooperatives Wirtschaften wird statistisch und politisch noch zu selten als eigener Infrastrukturakteur erfasst. Die Berliner Studie »Soziale Unternehmen in Berlin« ist hier ein wichtiger erster Schritt: Sie macht den Sektor sichtbarer und liefert eine erste Datengrundlage zu Struktur, Bedarfen und Potenzialen sozialer Unternehmen [Social Economy Berlin 2026. Berlin 2026, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Berlin).

NÄCHSTER SCHRITT → Diese Wissensbasis muss verstetigt und erweitert werden: durch eine eigenständige, staatlich anerkannte SSÖ-Definition sowie rechtsformunabhängiges Monitoring und weitere Erhebungen in allen Bundesländern. Noch fehlt insbesondere eine systematische Erfassung der gesellschaftlichen und ökologischen Wirkungen der SSÖ. Orientierung können dabei neue Ansätze zur Messung staatlicher Handlungsfähigkeit geben, wie der in Entwicklung befindliche *Public Sector Capabilities Index* [Mazzucato et al. 2026].

ZUSTÄNDIG

→ Bund
→ Länder
→ Statistik
→ Branchenverbände
→ Forschungseinrichtungen



2.

Von der Projekt- zur Infrastrukturlogik

PROBLEM → Förderprogramme finanzieren häufig Investitionen, aber selten den laufenden Betrieb. Resiliente Infrastruktur braucht jedoch Kontinuität: Personal für verlässliche Öffnungszeiten, Schulungen, Verwaltung, Koordination, Instandhaltung.

NÄCHSTER SCHRITT → Förderlogiken sollten von kurzfristiger Projektförderung zu mehrjähriger Infrastrukturförderung weiterentwickelt werden. Wo Kommunen finanziell eng aufgestellt sind, sollten mindestens Anschubfinanzierung, günstige Räume und erste Betriebskosten abgesichert werden. Mitgliedschaftsgetragene Modelle können darauf aufbauen und schrittweise Eigenanteile entwickeln — brauchen dafür aber eine stabile Startphase statt immer neuer Projektanträge.

ZUSTÄNDIG

→ Kommunen
→ Länder
→ Stiftungen
→ Fördermittelgeber



3.

Gemeinwohlorientiertes Beschaffungswesen

PROBLEM → Öffentliche Ausschreibungen begünstigen oft große etablierte Anbieter, standardisierte Leistungen und den niedrigsten Preis. Kooperative und gemeinwohlorientierte Akteure scheitern dadurch häufig an zu großen Losen, komplexen Nachweispflichten oder Vergabekriterien, die soziale und ökologische Wirkung kaum abbilden.

NÄCHSTER SCHRITT → Vergabeverfahren sollten so gestaltet werden, dass kooperative Akteure realistisch teilnehmen können; durch kleinere Losgrößen, vereinfachte Nachweispflichten und stärkere sozial-ökologische Zuschlagskriterien. Bewertet werden sollten nicht nur Kosten, sondern auch lokale Wertschöpfung, Gemeinwohlorientierung, Servicequalität, Reparaturfähigkeit und Beiträge zu resilienter Daseinsvorsorge.

ZUSTÄNDIG

→ Kommunen
→ Vergabestellen
→ Länder



4. Zugang zu Räumlichkeiten und geteiltem Eigentum

PROBLEM → Ohne verlässliche Räume entsteht keine robuste Infrastruktur. Viele Organisationen der Resilienz hängen in prekären Mietverhältnissen oder befristeten Zwischennutzungen — und können dadurch weder langfristig investieren noch stabile Angebote, Öffnungszeiten oder Kooperationen aufbauen.

NÄCHSTER SCHRITT → Kommunen und Länder sollten Zwischennutzungen, Erbbaurecht, kommunale Vorkaufsrechte, Anmietungsfonds und missionsorientierte Mietverträge in strategische Instrumente bündeln. Ziel muss sein, gemeinwohlorientierte Nutzungen nicht nur kurzfristig unterzubringen, sondern dauerhaft bezahlbar abzusichern. Frankreichs »Solidarischer Nutzungsvertrag für kooperatives Gewerbe« (BRSA) zeigt, wie Boden und Nutzungsrecht getrennt werden können, damit kooperative Akteure investieren und wirtschaften können, ohne durch Verkauf, Spekulation oder steigende Mieten verdrängt zu werden. Kommunale Anmietungsfonds — bei denen Städte Leerstände anmieten und vergünstigt weitervermitteln — werden von zwei Dritteln der einsetzenden Kommunen als wirksam bewertet [Stelzer et al. 2026].

ZUSTÄNDIG

→ Kommunen
→ Landesliegenschaftspolitik
→ öffentliche Wohnungsunternehmen



5. Intermediäre und Brückeninstitutionen aufbauen

PROBLEM → Kooperation zwischen Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Zivilgesellschaft, Forschung und kooperativen Akteuren hängt zu oft an Projektlogiken oder einzelnen Ressorts. Dadurch bleiben gute Ansätze fragil und müssen immer wieder neu verhandelt werden.

NÄCHSTER SCHRITT → Brückenstrukturen, also themenbezogene standardisierte Plattformen sollten Akteure über Ressort- und Verwaltungsgrenzen hinweg koordinieren — etwa Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Klimaanpassung, Wohnen, soziale Infrastruktur und Kreislaufwirtschaft.
Frankreich zeigt mit den Territorialen Pole wirtschaftlicher Kooperation (PTCE), wie solche Multistakeholder-Strukturen dauerhaft wirken können, die solidarwirtschaftliche Akteure, öffentliche Einrichtungen, Forschungszentren und Ausbildungsstätten zusammenführen. So entsteht ein lokal eingebettetes System mit geteilten Ressourcen, Wissenstransfer und gemeinsamer Interessenvertretung — und dauerhafte Koproduktion zwischen öffentlicher Hand und kooperativer Ökonomie.

ZUSTÄNDIG

→ Länder
→ Kommunen
→ Wirtschaftsförderungen
→ öffentliche Wohnungsunternehmen
→ Forschungs- und Transferstellen
→ Branchenverbände



6. Social-Franchise-Logik gezielt fördern

PROBLEM → Erfolgreiche kooperative Modelle müssen an jedem neuen Ort oft bei null anfangen. Wissen, Governance-Modelle, Qualitätsstandards und Finanzierungslogiken werden häufig neu entwickelt, obwohl es bereits erprobte Ansätze gibt.

NÄCHSTER SCHRITT → Social-Franchise-Netzwerke gezielt fördern — mit gemeinsamen Standards, Wissenstransfer, Netzwerkinfrastruktur und lokaler Entscheidungshoheit. So können funktionierende Modelle in neue Quartiere und Regionen übertragen werden, ohne ihre lokale Anpassungsfähigkeit zu verlieren. Öffentliche Programme sollten solche Netzwerke als förderberechtigte Einheiten anerkennen und nicht nur einzelne Standorte oder Modellprojekte finanzieren.

ZUSTÄNDIG

→ Bund
→ Länder
→ Kommunen
→ Förderbanken
→ Stiftungen



7. Staatlich verankerten Experimentierrahmen schaffen

PROBLEM → Das deutsche Reallabore-Gesetz [BMWK 2024] erleichtert Innovation, adressiert aber sozial-ökologische Kooperationsformen bislang kaum. Gerade kooperative Infrastrukturen, Multistakeholder-Arrangements und neue Formen der Koproduktion zwischen öffentlicher Hand, Zivilgesellschaft und kooperativer Ökonomie brauchen jedoch rechtliche Spielräume, um unter realen Bedingungen erprobt zu werden.

NÄCHSTER SCHRITT → Experimentierklauseln sollten gezielt um kooperative Infrastrukturen, territoriale Zusammenarbeit und sozial-ökologische Verstetigung erweitert werden. Erfolgreiche Erprobungen dürfen nicht automatisch mit dem Projektende auslaufen, sondern müssen rechtlich weitergeführt, angepasst und skaliert werden können. Dafür braucht es klare Verfahren, wie aus zeitlich begrenzten Experimenten dauerhafte Verwaltungs-, Förder- oder Rechtsinstrumente werden.

ZUSTÄNDIG

→ Bund
→ Länder
→ Gesetzgeber
→ Verwaltung



8. Professionelle Zwischennutzungsinfrastruktur aufbauen

PROBLEM → Leerstand ist vorhanden, wird aber selten systematisch für gemeinwohlorientierte Nutzungen erschlossen. Viele Initiativen scheitern nicht am Konzept, sondern an fehlendem Raumzugang, komplexen Verträgen und Betriebspflichten.

NÄCHSTER SCHRITT → Kommunen und Länder sollten professionelle Zwischennutzungsagenturen aufbauen oder — wenn vorhanden- stärken die Leerstand erfassen, Eigentümer ansprechen, Verträge vorbereiten, Betrieb und Compliance organisieren und gemeinwohlorientierte Akteure kuratieren. Gerade im Umgang mit großen privaten Eigentümern braucht es Stellen, die verlässlich verhandeln und tragfähige Nutzungsmodelle entwickeln – oft ist genau das entscheidend, damit Räume nicht leer bleiben. Entscheidend ist oft eine engagierte kommunale Ansprechperson mit amtsübergreifenden Kontakten: Wo sie fehlt, stocken Projekte; wo sie vorhanden ist, beschleunigt sich alles [Stelzer et al. 2026]. Zugleich sollte Zwischennutzungsförderung stärker an soziale und ökologische Stadtentwicklungsnotwendigkeiten gekoppelt werden. Gemeinwohlorientierung, Klimaanpassung, Kreislaufwirtschaft, soziale Infrastruktur und nachbarschaftliche Versorgung sollten als Zuschlagskriterien berücksichtigt werden. Entscheidend ist, Zwischennutzung nicht als Übergangslösung zu behandeln, sondern als Einstieg in dauerhafte Nutzungen — etwa in genossenschaftliches Eigentum, Erbbaurecht oder kommunale Liegenschaftsmodelle.

ZUSTÄNDIG

→ Kommunen
→ Länder
→ Stadtentwicklungsgesellschaften
→ öffentliche Eigentümer



9. Reallaborstiftung landeseigener Wohnungsunternehmen (LWU) einrichten

PROBLEM → Landeseigene und kommunale Wohnungsunternehmen verfügen über Bestände, Daten, Quartierswissen und langfristige Präsenz vor Ort. Dieses Potenzial wird bislang aber nicht koordiniert für soziale und ökologische Innovation genutzt — obwohl gerade Wohnungsunternehmen zentrale Partner für resiliente Nachbarschaften sein können.

NÄCHSTER SCHRITT → Eine gemeinsame LWU-Reallaborstiftung nach Pariser Vorbild einrichten. Sie könnte Förderaufrufe aus realen Quartiersproblemen ableiten, kooperative Versorgungs- und Nachbarschaftsmodelle finanzieren und wissenschaftlich begleiten. Erfolgreiche Ansätze sollten nicht als Einzelpiloten enden, sondern in weitere Bestände und Quartiere übertragen werden können — etwa für Reparatur, Sharing, Klimaanpassung, Nachbarschaftsarbeit oder lokale Versorgung.

ZUSTÄNDIG

→ Länder
→ Kommunen
→ landeseigene und kommunale Wohnungsunternehmen



10. Steuerliche Anreize und öffentliche Finanzierungsinstrumente prüfen

PROBLEM → Kooperative Akteure haben oft zu wenig Zugang zu passenden Finanzierungsinstrumenten — besonders für Betriebskosten und Anschubphasen. Viele Modelle sind gemeinwohlorientiert und wirtschaftlich tragfähig, aber nicht auf hohe Renditen oder schnelles Wachstum ausgerichtet, deshalb werden sie in der klassischen Wirtschaftsförderung kaum adressiert.

NÄCHSTER SCHRITT → Steuerliche Anreize und öffentliche Finanzierungsinstrumente sollten gezielt auf SSÖ-Akteure zugeschnitten werden. Dazu zählen vergünstigte Gewerbesteuer-Hebesätze für anerkannte gemeinwohlorientierte Unternehmen, spezifische Produktlinien bei KfW und Landesinvestitionsbanken sowie Förderinstrumente für Betriebskosten, Personalaufbau und Netzwerkinfrastruktur. Entscheidend ist, kooperative Infrastrukturen nicht nur als förderwürdige Projekte, sondern als langfristige Partner öffentlicher Daseinsvorsorge zu finanzieren.

ZUSTÄNDIG

→ Bund
→ Länder
→ Kommunen
→ KfW
→ Landesinvestitionsbanken



Schlusswort

Vieles von dem, was diese Empfehlungen skizzieren, existiert bereits — als gelebte Praxis im Quartier, als lokales Experiment, das funktioniert und Vertrauen aufgebaut hat. Die Umsetzungskraft ist vielfach bewiesen. Was noch aussteht, ist die Überführung dessen, was als Experiment gelang, in dauerhafte, übertragbare Strukturen.

Kooperatives Wirtschaften ist dabei mehr als eine Antwort auf ökologische und soziale Krisen: Es stabilisiert Demokratie. Wo Menschen gemeinsam entscheiden, wirtschaften und Verantwortung tragen, entstehen Bindungen und Handlungsfähigkeit, die autoritären Vereinfachungen weniger Raum lassen. Die Überführung vom Einzelfall in die Fläche ist deshalb keine technische Aufgabe. Sie ist eine politische Entscheidung — für Resilienz, für Teilhabe und für eine Wirtschaftsweise, die den Menschen und den Ort in den Mittelpunkt stellt.

Glossar

ADEME → Agence de la transition écologique: Französische staatliche Agentur für ökologischen Wandel; fördert Kreislaufwirtschaft, Wiederverwendung und Klimaanpassung.

BRSA → Bail réel solidaire d'activité: Solidarischer dinglicher Nutzungsvertrag für kooperatives Gewerbe. Trennt Bodeneigentum von Nutzungsrechten, sodass gemeinwohlorientierte Akteure langfristig und bezahlbar in Gewerbeflächen tätig sein können.

CPP / PCP → Common-Public-Partnership / Public-Civic-Partnership: Kooperationsmodelle, bei denen die öffentliche Hand Verfügbarkeit und Rahmen sichert, während zivilgesellschaftliche Träger Betrieb und Governance übernehmen.

GmgV → Gesellschaft mit gebundenem Vermögen: Deutsche Rechtsformdebatte für Unternehmen, deren Vermögen dauerhaft gemeinwohlorientiert gebunden ist; verwandt mit Zielen der französischen SCIC, aber ohne denselben gesetzlichen Rückhalt

LWU → Landeseigene Wohnungsunternehmen: Wohnungsunternehmen im Eigentum eines Bundeslandes; verfügen über Bestände, Daten und Quartierswissen und können Partner kooperativer Nachbarschaftsmodelle sein.

PTCE → Pôles Territoriaux de Coopération Économique: Territoriale Pole wirtschaftlicher Kooperation; bringen solidarwirtschaftliche Akteure, Kommunen und Forschungseinrichtungen in einem gemeinsamen Cluster zusammen.

REP → Responsabilité Élargie du Producteur: Erweiterte Herstellerverantwortung. Hersteller sind gesetzlich verpflichtet, einen Teil ihrer Einnahmen in die Finanzierung von Entsorgung, Wiederverwendung und Verwertung ihrer Produkte am Ende von deren Lebenszyklus einzuzahlen. Die Mittel fließen an zugelassene Rücknahmesysteme, die daraus u.a. SSÖ-Akteure wie Ressourceries fördern.

RNRR → Réseau National des Ressourceries et Recycleries: Nationales Netzwerk der Ressourcen- und Recyclingzentren in Frankreich.

Scale out / Scale up / Scale deep → Zwei Dimensionender Ausbreitung: scale out = Ausbreitung bewährter Modelle in neue Territorien; scale up = Überführung in neue rechtliche, administrative und finanzielle Grundlagen; scale deep = Verankerung in der Kultur von Verwaltung und Zivilgesellschaft, bis kooperative Infrastruktur dort selbstverständlich ist.

SCIC → Société coopérative d'intérêt collectif: Genossenschaft von allgemeinem Interesse; erlaubt bis zu 50-prozentige Beteiligung öffentlicher Einrichtungen bei demokratischer Governance aller Mitglieder.

SSA → Sécurité Sociale de l'Alimentation: Soziale Ernährungsversicherung; einkommensabhängige Beiträge in lokale Ernährungskassen, monatliche Guthaben in Lokalwährung für demokratisch ausgewählte Betriebe.

SSÖ → Soziale und Solidarische Ökonomie (frz. Économie Sociale et Solidaire, ESS; engl. Social and Solidarity Economy, SSE): Sammelbegriff für Unternehmen und Organisationen, die wirtschaftliche Tätigkeiten im allgemeinen Interesse ausüben — auf Basis von Demokratie, gegenseitiger Hilfe und dem Vorrang des Menschen vor der Kapitalrendite.

TZCLD → Territoires Zéro Chômeur de Longue Durée: »Zonen ohne Langzeitarbeitslosigkeit«; unbefristete, nach Mindestlohn bezahlte Stellen für gemeinwohlorientierte Aufgaben, die lokale Gremien ermitteln.

VRAC → Vers un Réseau d'Achat en Commun: Gemeinschaftsgetragene Einkaufsnetzwerke für preisgünstige Bio- und Regionalprodukte in einkommensschwachen Quartieren.

Literatur

Baaklini, N. & Millard, E. (2025, 23. Oktober). The Social and Solidarity Economy: a Solution to Democratic, Social and Environmental Challenges? Ministère de l'Économie, des Finances et de la Souveraineté industrielle et numérique [MEFS]. Direction générale du Trésor. www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2025/10/23/the-social-and-solidarity-economy-a-solution-to-democratic-social-and-environmental-challenges

Baumann, D. (2026, 27. April). Nachhaltiger Konsum als Rettungsanker für Innenstädte. GreenWorks. www.how-green-works.de/green-business/news/kommunen-nachhaltiger-konsum-als-rettungsanker-fuer-innenstaedte-1632

Blome-Drees, J. et al. (2024): Kooperatives Wirtschaften in der Zivilgesellschaft. Campus.

Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF] & Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [BMWK] (2023). Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen. www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/nationale-strategie-soziale-innovationen-gemeinwohlorientierte-unternehmen

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [BMWK] (2024, 13. November). Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erprobung von Innovationen in Reallaboren und zur Förderung des regulatorischen Lernens (ReallaboreG). Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie [BMWE]. www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/Gesetzesvorhaben/2024-1015-referententwurf-reallaboreg-luv.html

Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung [vhw] (2026). Forum Wohnen und Stadtentwicklung 2026(2). www.vhw.de/publikationen/forum-wohnen-und-stadtentwicklung/aktuelle-ausgabe/

Colombo, L., Bailey, A. & Gomes, M. (2023): Scaling in a Post-Growth Era. Organization, 31(6), https://doi.org/10.1177/13505084221147480

Crépin-Leblond, É. (2025, 3. Oktober). Sécurité sociale de l'alimentation. Quels premiers retours pour l'expérimentation de Montpellier? Carenews. www.carenews.com/carenews-info/news/securite-sociale-de-l-alimentation-quels-premiers-retours-pour-l-experimentation

dpa (2026, 04. Januar). Stromausfall in Berlin. Sorge trifft auf Hilfsbereitschaft. Die Zeit. www.zeit.de/news/2026-01/04/stromausfall-in-berlin-sorge-trifft-auf-hilfsbereitschaft

Durand, C. & Keucheyan, R. (2024). Comment bifurquer. Les principes de la planification écologique. La Découverte.

Est Ensemble (2025, 03. September). Montreuil inaugure le village du réemploi solidaire. Un nouveau lieu de vie circulaire et engagé aux portes de Paris www.est-ensemble.fr/montreuil-inaugure-le-village-du-reemploi-solidaire-un-nouveau-lieu-de-vie-circulaire-et-engage-aux

European Research Institute on Cooperative and Social Enterprises [EURICSE] & International Cooperative Alliance [ICA] (2025). World Cooperative Monitor 2025. https://monitor.coop/en

France Stratégie & Dares (2025). Deuxième évaluation de l'expérimentation TZCLD. www.strategie-plan.gouv.fr/publications/deuxieme-evaluation-de-lexperimentation-territoires-zero-chomeur-de-longue-duree-note

Götz, P. (2021, 24. Februar). Genossenschaften. Ein Modell für lebenswerte und leistungsfähige ländliche Räume. Konrad-Adenauer-Stiftung. www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/blog/detail/-/content/genossenschaften-ein-modell-fuer-lebenswerte-und-leistungsfaehige-laendliche-raeume

Guillaume, P. (2026, 20. März). Ressourceries. 350 structures, emplois non délocalisables. Recy.net. www.recy.net/ressourceries-municipales-reemploi-emploi-local-france/

International Cooperative Alliance [ICA] (2017). The Guidance Notes to the Cooperative Principles. https://ica.coop/sites/default/files/2021-11/ICA%20Guidance%20Notes%20EN.pdf

International Labour Organization [ILO] (2022). Entschließung über menschenwürdige Arbeit und die Sozial- und Solidarwirtschaft. ILC.110/Entschließung II. www.ilo.org/de/media/243711/download

Kiess, J. et al. (2023). Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen. Otto-Brenner-Stiftung.

Legifrance (2014). LOI n° 2014-856 du 31 juillet 2014 relative à l'économie sociale et solidaire (1). www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000029313296

Mairie der Paris. Budget Participatif 2025. Les résultats. https://mairie19.paris.fr/pages/budget-participatif-2025-les-resultats-32698

Mazzucato, M. et al. (2026). Public Sector Capabilities Index. UCL Institute for Innovation and Public Purpose. www.ucl.ac.uk/bartlett/research-projects/2023/jan/public-sector-capabilities-index

Mieulet, C. (2026). Kooperatives Wirtschaften als unterschätzter Hebel für gerechte Transformation. www.rifs-potsdam.de/de/blog/2026/01/kooperatives-wirtschaften-als-unterschaetzter-hebel-fuer-gerechte-transformation

Novethic. (2018, 08. Dezember). »Fin du monde, fin du mois, même combat«, crient ensemble des gilets jaunes et des marcheurs pour le climat. Ebenda. www.novethic.fr/actualite/environnement/climat/isr-rse/fin-du-monde-fin-du-mois-meme-combat-crient-ensemble-des-gilets-jaunes-et-des-manifestants-pour-le-climat-146679.html

Organization for Economic Cooperation and Development [OECD] (2024). Insights from Social and Solidarity Economy Data. An International Perspective. www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/06/insights-from-social-and-solidarity-economy-data_888cf72a/71d212f3-en.pdf

Petermann, A. (2021, 15. Oktober). Freiwillige im Ahrtal. Urlaub nehmen, um Flutschäden zu beseitigen. Deutschlandfunk. www.deutschlandfunkkultur.de/freiwillige-im-ahrtal-urlaub-nehmen-um-flutschaeden-zu-100.html

Pilato, R. (2025, 26. Juni). Envie. Les Associations du Rémploi Solidaire en Charente. René Pilato. Député de Charente. https://renepilato.fr/2025/06/26/envie-les-associations-du-reemploi-solidaire-en-charente/

Raworth, K. (2012). A Safe and Just Space for Humanity. Can We Live within the Doughnut? www-cdn.oxfam.org/s3fs-public/file_attachments/dp-a-safe-and-just-space-for-humanity-130212-en_5.pdf

Réseau des collectivités Territoriales pour une Économie Sociale et Solidaire [RTES] (2025, 23. September). Ouverture de La Venelle, village du réemploi solidaire de Montreuil. www.rtes.fr/ouverture-de-la-venelle-village-du-reemploi-solidaire-de-montreuil

Réseau Envie (o. D.). www.envie.org

Réseau National des Ressourceries et Recycleries [RNRR] (o. D.). https://ressourcerie.fr/

Social Economy Berlin / Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Berlin (2026). Soziale Unternehmen in Berlin. Bestandsaufnahme, Bedarfs- und Potenzialanalyse. www.berlin.de/sen/wirtschaft/vielfalt-in-der-wirtschaft/soziale-oekonomie/

Schmid, B., Schulz, C. & Weck, S. (2020): Postwachstum und Raumentwicklung. Keimzellen für die Transformation. Politische Ökologie 38, S. 19–26.

Scholz, R. (2023). Unternehmensmitbestimmung und die sozialökologische Transformation. www.boeckler.de/data/impuls_2023_19_S1.pdf

Stelzer, F. et al. (2026). Stadtzentren als Orte nachhaltigen Konsums gestalten (SONa). www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/11850/publikationen/2026-04/47_2026_TEXTE.pdf

SuperCoop (o. D.). https://supercoop.de/

Toubin-Perre, J. (2025, 21. Februar). Montpellier. Comment la sécurité sociale de l'alimentation »change des vies«? Natura Sciences. www.natura-sciences.com/decider/securite-sociale-de-lalimentation-montpellier-chane-vies.html

Vers un Réseau d'Achat en Commun [VRAC] France (2024). Rapport d'Activité 2024. www.vrac-asso.org/wp-content/uploads/2025/06/Rapport-activite-2024-VRAC-France.pdf

Ville de Paris (2025). Budget Participatif. Ebenda. www.paris.fr/budget-participatif

Ville de Paris (2026, 30. April). Tout savoir sur l'abre à Paris. Ebenda. www.paris.fr/pages/l-arbre-a-paris-199

Autor:innen

Cléo Mieulet
ist Senior Fellow am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ (RIFS) und Mitgründerin von KREISLER e.V. in Berlin-Neukölln. Sie arbeitet bei New Standard.s Studio, ist aktiv im CSX-Netzwerk, im Verbund Kooperatives Wirtschaften (VKW) und bei RIPESS Europe.

Paul Jerchel
ist Associate des Instituts für Unternehmensdemokratie, das genossenschaftliche Nachfolgen durch Belegschaften begleitet. Er ist Mitglied des CSX-Netzwerks e.V. für Gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften.


RIFS